

Das erste und das zweite deutsche Wirtschaftswunder

Die ökonomischen Konsequenzen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung sind eines der vielen Themen, bei denen sich Wirtschaftswissenschaftler von ihrer besten Seite zeigen und sich durch eine ausgesprochene Meinungsvielfalt auszeichnen. Euphorischen Einschätzungen auf der einen Seite standen und stehen kritische Positionen gegenüber, die den Aufbau - und nicht etwa das bloße Fortbestehen - eines neuen ostdeutschen Armenhauses erwarten¹.

Die ebenfalls anzutreffende Redeweise von einem zweiten deutschen Wirtschaftswunder verweist zurück auf das erste. Und so ist es vielleicht nützlich, zunächst einen Blick zurück in die Vergangenheit zu werfen, um die gegenwärtige Situation aus einer historisch-vergleichenden Perspektive besser beurteilen zu können².

Was war eigentlich das Wirtschaftswunder? Und wann genau hat es in der Bundesrepublik stattgefunden? Beides ist unter Ökonomen und Wirtschaftshistorikern umstritten. Betrachten wir die Chronologie der Ereignisse: Die plötzliche Vermehrung des Warenangebots in den Läden nach der Währungsreform war kaum überraschend. Denn in einer Kriegs- wie in einer Planwirtschaft ist Geld im Grunde wertlos. Insbesondere als Sicherheit horten die Menschen lieber Güter als Geld.

Wenn dann jedoch ein Übergang zur Marktwirtschaft stattfindet und ein Vertrauen in die Wertbeständigkeit einer neuen Währung besteht, dann geht die Vermögenssicherungsfunktion wieder auf das Geld über und die dann überschüssigen Lagerbestände werden auf den Markt geworfen. Hinzu kommt die spekulative Zurückhaltung der Produktion unmittelbar vor einer Währungsreform - eben weil man die Güter nicht kurz vor dem Tag X gegen schlechtes Geld verkaufen will. All das zeigt sich am Tag der Währungsreform als Angebotsschub in den Läden.

Nach diesem kurzen Strohfeuer waren dann 1948 bis 1951 in der Bundesrepublik eher holprige als "wunderbare" Jahre. Die "freie" Marktwirtschaft war noch durchsetzt mit einer Vielzahl von alten Regulierungen, Rationierungen und Preisbindungen. Länger noch als die Preise blieben die Löhne fixiert. Ein dagegen gerichteter Generalstreik im November 1948 scheiterte - das war in gewisser Hinsicht ein Glück, ansonsten hätte eine galoppierende Inflation gedroht.

Auch die außenwirtschaftliche Situation war höchst instabil. Jede konjunkturelle Aufschwungbewegung der Nachfrage führte zu Preissteigerungen, weil das inländische Angebot nicht ausreichte; und weil deshalb ausländische Güter importiert wurden, ergab sich eine Verschlechterung der Handelsbilanz. Daraufhin erwiesen sich bald Importbeschränkungen als notwendig. Und immer wieder war ein Bremskurs der Geldpolitik erforderlich, um das Nachfragewachstum wieder zurückzudrängen. Dies war eine klassische "Stop-and-Go-Politik", die in anderen Ländern wie z.B. in England mehrere Jahrzehnte anhalten sollte und dort aufgrund ihrer langfristig schädlichen Wirkungen alles andere als ein Wirtschaftswunder bewirkte.

Das eigentliche Wunder in der Bundesrepublik bestand darin, daß sie sich Anfang der

¹ Siehe etwa E. Streissler: Deutschland, Deutschland über alles? Wochenpresse (Wien) Nr. 14, 6.4.1990.

² Vgl. zum folgenden H. Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, und H. Schlesinger: Geldpolitik in der Phase des Wiederaufbaus (1950-1958), beide in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Frankfurt 1976.

50er Jahre aus diesem instabilen Wachstumsprozeß löste³. Das Schlüsselereignis war die ernsthafte Zahlungsbilanzkrise im Jahre 1950, als die Bundesrepublik trotz ausländischer Stützungskredite international praktisch zahlungsunfähig geworden war. Die Politik reagierte darauf einerseits mit einem Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen, indem die Importe mengenmäßig beschränkt wurden. Daneben wurden Zölle erhoben, die mit dem Verarbeitungsgrad der Importe anstiegen; d.h. Fertigwaren wurden höher belastet als Rohstoffe. Dadurch ergaben sich Preisanreize für die Produktion im Inland. Dieses protektionistische Instrument erwies sich - wie sich bald zeigen sollte - als außerordentlich erfolgreich im Hinblick auf die Förderung des deutschen Wirtschaftswunders.

Hinzu kam eine äußerst scharfe Restriktionspolitik der Bundesbank mit kräftigen Zinserhöhungen; die Geschäftsbanken wurden gezwungen, ihre Kreditvergabe zurückzuführen. Durch diese Geldpolitik wurde eine Wirtschaftskrise ausgelöst. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ging zurück - und damit auch die Importnachfrage. Auf der anderen Seite wurde das Wiedererreichen eines Zahlungsbilanzgleichgewichts durch den einsetzenden Korea-Boom gefördert, der die deutschen Exporte anwachsen ließ.

Jedoch war damit nicht nur eine temporäre Krisenüberwindung erreicht: Vielmehr entwickelte sich aus dem Zusammenwirken von selektivem Protektionismus einerseits und stabilitätsorientierter Geldpolitik andererseits eine strukturelle Umorientierung zugunsten der Exportproduktion. Zum einen wurden importierte Fertigwaren über die Zollpolitik vom Inland ferngehalten und andererseits erzwangen die hohen Zinsen eine entsprechende Rentabilität in der inländischen Produktion. Dies förderte die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Gerade die protegierten Branchen wie Maschinenbau und Fahrzeugindustrie wurden zu Trägern des Exports.

An der Wende der Bundesrepublik zu einem Exportüberschußland stand neben diesem industriepolitischen Kurs eine strategische währungspolitische Entscheidung. Theoretisch kann man das Problem einer defizitären Zahlungsbilanz auch durch Abwertung der Währung lösen: Dadurch verteuern sich die Importe und gehen zurück, während sich die Exporte verbilligen und zunehmen. Praktisch hat sich jedoch immer wieder gezeigt, daß die Verteuerung der Importe über die Reaktion der Löhne oft die Inflation im Inland anheizt. Viele Länder, die den anfangs scheinbar weniger schmerzvollen Weg der Abwertung wählten, hatten später große Probleme, sich aus dem verhängnisvollen Zirkel von Inflation, Abwertung und weiterer Inflation zu befreien.

Die Bundesbank schlug dagegen zu Beginn der 50er Jahre - wie auch später in den 70er Jahren und im übrigen stets gegen den Widerstand der Regierung - den Weg einer Hartwährungsstrategie ein. Das bedeutet, sie nahm eine Wirtschaftskrise in Kauf, um den Importüberschuß und die Inflation zurückzudrängen. Damit konnten innere und äußere Währungsstabilität wiederhergestellt werden und es gelang, im Inland wie im Ausland Inflations- und Abwertungserwartungen im Keim zu ersticken. Nur mit dieser Haltung war es möglich, die D-Mark zu einer international gefragten Währung zu machen.

Anzumerken ist an dieser Stelle, daß der oft zitierte Marshall-Plan in der ersten Wiederaufbauphase durchaus ambivalente Wirkungen hatte. Seine positive politisch-psychologische Hilfestellung ist natürlich nicht zu unterschätzen. Materiell trug er zur Sicherung der Realein-

³ Vgl. zum folgenden J. Hölscher: Krisenmanagement und Wirtschaftswunder - Die Überwindung der Zahlungskrise 1950/51. In: H. Riese, H.-P. Spahn (Hg.): Geldpolitik und ökonomische Entwicklung - Ein Symposium. Regensburg 1990.

kommen der Bevölkerung bei; allerdings betrug der Umfang der Hilfe nur ca. 2 % des Brutto-sozialprodukts. Er ermöglichte die Finanzierung eines tendenziellen Importüberschusses, verdeckte damit jedoch zugleich die labile außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik. Die Geldpolitik war somit expansiver, als von den ökonomischen "fundamentals" her angemessen gewesen wäre. Letztlich konnte man aber der Zahlungsbilanzkrise und der notwendigen Anpassung doch nicht entgehen.

Es zeigte sich, daß ein Land durch ausländische Transferzahlungen niemals reich werden kann - eine Lektion, die später die Entwicklungsländer machen mußten. Wirtschaftswunder lassen sich nicht mit geschenkten Güterimporten erreichen. Vielmehr bestätigt auch die Geschichte der Bundesrepublik das alte Credo des Merkantilismus: Ein Transfer von Ressourcen nutzt langfristig paradoxerweise stets den Geberländern und nicht den Empfängern.

Doch zurück zu den binnenwirtschaftlichen Aspekten des deutschen Wirtschaftswunders. Der klassische Ökonom John Stuart Mill hatte bereits 100 Jahre vor der damaligen Währungsreform lapidar festgestellt⁴, daß die oft bestaunte Schnelligkeit, mit der sich Länder aus einem Zustand der Verwüstung (nach Kriegen oder Naturkatastrophen) wieder erheben, ganz und gar nicht wunderbar sei. Denn die kriegsbedingte Zerstörung des Kapitalstocks einer Volkswirtschaft tritt nur an die Stelle derjenigen Zerstörung, die ansonsten durch Abnutzung und Verschleiß eingetreten wäre. Der "Wiederaufbau" des Produktionsapparates ist also eine permanente Aufgabe.

Der einzige Unterschied bestehe darin, daß in einer Nachkriegsphase nicht die Möglichkeit gegeben ist, das zuvor Produzierte zu verbrauchen, eben weil die Arbeit vorrangig dem Wiederaufbau des Kapitalstocks dient. Anders ausgedrückt: Es stehen weniger Güter zum Konsum zur Verfügung. Und dies bedeutet wiederum: Es muß mehr gespart werden.

Nun gibt es zwei Formen des Sparens: Der normale Fall ist ein freiwilliger Konsumverzicht der Haushalte. Sie entscheiden sich, einen Teil ihres Einkommens nicht zu verbrauchen und zinsbringend bei Banken oder am Kapitalmarkt anzulegen. Diese Geldvermögensbildung der Haushalte steht dann der Realvermögensbildung der Unternehmen, d.h. der Investition gegenüber. Letztlich erhalten die Unternehmen das Geld zur Finanzierung ihrer Investitionen von den Haushalten, bei denen sich die Unternehmen insoweit verschulden müssen.

Die zweite Form des Sparens ist für die Unternehmen wesentlich komfortabler: Wenn die Haushalte nicht freiwillig auf Konsum verzichten - etwa weil ihr Einkommen im Verhältnis zu ihren Bedürfnissen noch sehr niedrig ist -, und wenn die Unternehmen zugleich an ihren Investitionsplänen festhalten, kommt es zu einer Übernachfrage nach Gütern. Die Unternehmen können das zu knappe Güterangebot zu höheren Preisen verkaufen. Diese Preissteigerungen bedeuten einerseits ein Zwangssparen der Haushalte, weil sie sich nun bei gegebenem Einkommen weniger leisten können. Auf der anderen Seite schlägt sich dieses Zwangssparen, d.h. die Preissteigerungen, bei den Unternehmen als zusätzlicher Gewinn nieder.

Investitionen ohne freiwillige Ersparnis führen also über Preissteigerungen zu sog. unverteilten Gewinnen, die den Unternehmen eine Selbstfinanzierung der Investition, d.h. eine verschuldungsfreie Expansion ermöglichen. Dieser Investitions-Gewinn-Mechanismus bildete die Triebfeder des westdeutschen Wirtschaftswunders⁵. Die Implikation war eine bis heute

⁴ J.S. Mill: Grundsätze der Politischen Ökonomie (1848, 7. Aufl. 1871). Bd. 1 (Buch I-III), 2. Aufl. Jena 1924, S. 112.

⁵ Vgl. H. Riese: Das Dilemma der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland - Retrospektive und Vision. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 17, 1984.

spürbare Vermögenskonzentration bei den Unternehmen, eben weil die zur Sachvermögensbildung korrespondierende Geldvermögensbildung bei den Unternehmen statt bei den Haushalten stattfand.

Ein weiteres Wunder kann man nun darin sehen, daß diese sog. Gewinn-Inflation nicht tatsächlich auch - wie soeben geschildert - mit steigenden Preisen einherging, sondern sogar mit einem tendenziellen Rückgang der Inflation in den 50er Jahren. Dieser Umstand findet jedoch eine einfache Erklärung in der Entwicklung der Löhne: Zu Gewinnerhöhungen kommt es entweder, wenn bei gegebenen Kosten die Preise steigen oder wenn bei gegebenen Preisen die Kosten sinken. Und letzteres war der Fall, weil die Lohnsteigerungen hinter dem beträchtlichen Produktivitätsanstieg zurückblieben und somit die Lohnstückkosten abnahmen. Die Arbeitnehmer erzielten somit zwar Reallohnsteigerungen, fielen jedoch relativ in ihrer Einkommensposition zurück. Man kann gleichsam von einer "Produktivitätsillusion" der Gewerkschaften sprechen.

Eine Quelle dieser - eben nicht voll wahrgenommenen - Produktivitätssteigerungen war die rasche "Durchindustrialisierung" der Wirtschaft nach dem jeweils neuesten technischen Standard. Der Aufbau eines - im internationalen Vergleich bis heute - relativ großen Industriesektors hing nicht zuletzt von Investitionen für die rasch wachsende Exportproduktion ab. Die steigenden Exporte wiederum waren einerseits eine Folge der erwähnten protektionistischen Industriepolitik, aber auch das Resultat einer gezielten Unterbewertung des Wechselkurses der D-Mark, der somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte unterstützte.

Für sich genommen hätten die deutschen Exporterfolge auf dem Devisenmarkt zu einer DM-Aufwertung führen müssen. Dies hätte die deutschen Exporte verteuert und damit beschränkt. Die deutsche Bundesbank betrieb jedoch faktisch eine merkantilistische Wirtschaftspolitik, indem sie ab Beginn der 50er Jahre durch den Ankauf von Devisen den DM-Kurs künstlich niedrig hielt⁶. Dieses Szenario von Devisenaufschätzung, Unterbewertung und Exportwachstum charakterisiert im übrigen das bislang einzige Modell erfolgreicher Entwicklung aus relativer und absoluter Armut. Diese Strategie wurde auch insbesondere von Japan, Südkorea und Taiwan praktiziert.

Die noch "arme" Bundesrepublik produzierte somit nicht nur für sich selbst, sondern für den Weltmarkt. Es ist denn auch ein Mythos, daß ein unterentwickeltes Land einen Importüberschuß aufweisen müsse, eben weil ihm die notwendigen Ressourcen zu seiner Entwicklung fehlen würden. Derartige angeblich "strukturell" bedingte Importüberschüsse gibt es nicht. Armut oder mangelnde Wettbewerbsfähigkeit führen nicht zu einem Handelsbilanzdefizit, sondern zu einem "schlechten" Wechselkurs. Dies ist der Preis, den ein Land für relative Rückständigkeit zu zahlen hat⁷.

Die Bundesrepublik nahm dagegen mit den ungünstigen Terms-of-Trade zum Ausland freiwillig einen Realeinkommensverzicht hin, da man bei dem unterbewerteten Wechselkurs für die heimischen Exportgüter weniger Importgüter eintauschte, als eigentlich möglich gewesen wäre. Kurzfristig "verschenkte" man praktisch mit dem Exportüberschuß immer wieder

⁶ Vgl. H. Herr: Der bundesdeutsche und der japanische Merkantilismus. In: H.-P. Spahn (Hg.): Wirtschaftspolitische Strategien - Probleme ökonomischer Stabilität und Entwicklung in Industrieländern und der Europäischen Gemeinschaft. Regensburg 1990.

⁷ Vgl. H. Riese: Schuldenkrise und ökonomische Theorie. In: H. Riese, H.-P. Spahn (Hg.): Internationale Geldwirtschaft. Regensburg 1989.

Güter an das Ausland. In langfristiger Perspektive freilich brachte der rasche Kapitalumschlag des großen Industrie- und Exportsektors technisches "know how", Produktivitäts- und Einkommenssteigerungen. Und nicht zuletzt wurde die Bundesrepublik aufgrund permanenter Leistungsbilanzüberschüsse zu einer der bedeutendsten Gläubignationen in der Welt.

Schließlich zur Rolle der Finanzpolitik. Abgesehen von den steuerlichen Erleichterungen für Investoren war sie eher restriktiv angelegt. Ausdruck dieser Linie war der sog. "Julius-Turm", d.h. die jahrelange Bildung von Haushaltsüberschüssen. Diese Politik sicherte die makroökonomische Konsistenz der - wenn man so will - "Strategie" der Entwicklung. Denn bei bereits lebhafter Investitions- und Auslandsnachfrage hätte ein zusätzlicher staatlicher Ausgabenüberschuß das begrenzte Produktionspotential überfordert. Preisstabilität hätte so nicht erreicht werden können.

Vielmehr hätten steigende Preise den Exportüberschuß vermindert, weil die heimischen Güter auf dem Weltmarkt an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und ausländische Anbieter Absatzchancen im Inland bekommen. Und deshalb wäre ein von staatlicher Übernachfrage begleiteter Investitionsboom - wie in anderen Ländern auch - immer wieder durch drohende Zahlungsbilanzungleichgewichte beschränkt worden. Wiederum ist hier auf die "Stop-and-go-Politik" Englands zu verweisen. Die Besonderheit der deutschen Entwicklung war, daß man dieser saldenmechanisch eigentlich "normalen" Wachstumsbremse entgehen konnte.

Zieht man nun eine Zwischenbilanz, so lassen sich einige Bedingungsfaktoren des ersten deutschen Wirtschaftswunders festhalten:

1. "Ordnungspolitik", "Laissez-Faire" und "Wirtschaftsfreiheit" bieten entgegen einem verbreiteten Mythos keine erschöpfenden Antworten auf die Frage nach den Ursachen des deutschen Wirtschaftswunders. Praktisch war das erste Jahrzehnt insbesondere außenwirtschaftlich durch Protektionismus und eine interventionistische Währungspolitik gekennzeichnet. Die westdeutsche Ökonomie wurde so vor der Weltmarktkonkurrenz geschützt.

2. Die Gleichzeitigkeit von Investitions- und Exportboom bewirkte einen raschen Aufbau von Produktionskapazitäten nach neuestem technischen Standard mit der Folge hoher Produktivitätszuwächse. Diese Gleichzeitigkeit war saldenmechanisch nur durch eine restriktive Finanzpolitik möglich, weil ansonsten die Übernachfrage Preissteigerungen und Handelsbilanzverschlechterungen mit sich gebracht hätten.

3. Die hohen Produktivitätssteigerungen wiederum ermöglichten beträchtliche Reallohn-erhöhungen, ohne daß dazu ein nutzloser Versuch einer aggressiven Lohnpolitik unternommen wurde. Den Gewerkschaften entging dabei freilich, daß faktisch eine Umverteilung zugunsten der Unternehmen stattfand.

4. Die insgesamt zurückhaltende Lohnpolitik bescherte damit niedrige Lohnstückkosten, ermöglichte eine Selbstfinanzierung der Investitionen, trug zur Wiedergewinnung der Geldwertstabilität und zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Exports bei. Entscheidend für die deutschen Exportüberschüsse war jedoch die Politik der Unterbewertung der D-Mark.

Soweit die Vergangenheit. Wo liegen nun die Unterschiede zur heutigen Situation? Zu allererst handelt es sich heute nicht um den Wiederaufbau eines Landes, sondern einer Region. Damit stellen sich zwei Fragen: zum einen die nach der Perspektive der ehemaligen DDR-Region; zum zweiten die Frage nach der Entwicklung Gesamtdeutschlands.

Zuerst zum regionalpolitischen Problem: Es geht dabei darum, ob, in welchem Maße und auf welchem Wege ein reiches Land eine neu hinzugewonnene arme Region auf das durch-

schnittliche Wohlstandsniveau heben kann und heben will. Zunächst einmal ist die Bundesrepublik durch den Beitritt der DDR im Durchschnitt pro Kopf ärmer geworden - ein statistischer Reflex der deutlich niedrigeren Produktivität der ostdeutschen Ökonomie.

Dies kann nun bedeuten, daß jeder einzelne Bundesbürger ärmer wird, indem Wohlstand zugunsten der Ostbürger umverteilt wird. Realistischerweise heißt es jedoch, daß die Einkommensungleichheit größer wird und sich ein Verhältnis zwischen "Metropole" und "Peripherie" herausbildet, das auch in einigen anderen, selbst hochentwickelten Industrieländern anzutreffen ist; ein Beispiel liefert der Nord-Süd-Gegensatz in Italien.

Der ökonomische und politische Anschluß an die Bundesrepublik hat das ostdeutsche Wirtschaftsgebiet zunächst erwartungsgemäß⁸ überfordert: Die Lage ist zu vergleichen mit der hypothetischen Situation, in die Westdeutschland geraten wäre, wenn nach dem Krieg sofort eine Anbindung an eine starke Währung bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen für Kapital, Güter und Arbeit erfolgt wäre. Wohlweislich hat die Bundesrepublik einen anderen Weg beschritten.

Die schockartige Öffnung der DDR zum Weltmarkt - und das heißt zunächst einmal: zur Bundesrepublik - erfolgt unter denkbar ungünstigen Bedingungen. Im Vergleich zur damaligen Lage Westdeutschlands fehlen eine "unternehmerische Infrastruktur" und marktwirtschaftliches "know how". Der verfallene bzw. mangelhafte Infrastruktur-, Sachkapital- und Humankapitalbestand beschränkt die Produktivitätsspielräume. Und gleichwohl ist die Lohnpolitik aus verständlichen Gründen mehr und mehr von den Motiven des Nachholbedarfs und der Angleichung an die westlichen Standards geprägt. Die Marktbedingungen zu einer solchen Lohnpolitik werden durch die freie Beweglichkeit der Arbeitskräfte zwischen Ost- und Westdeutschland gegeben, die prinzipiell einen einheitlichen Arbeitsmarkt herstellt.

An dieser Stelle ist anzumerken, daß diese Marktbedingung bereits mit dem Fall der Mauer und nicht erst mit der formellen Wiedervereinigung gegeben war. Schon im Herbst 1989 hatte die DDR keine Chance mehr zu einer Kopie der westdeutschen Wirtschaftswunder-Strategie, weil sich mit der ökonomischen Öffnung der Grenze den ostdeutschen Arbeitern Alternativen boten, über die ihre westdeutschen Kollegen in den 50er Jahre nicht verfügten. Die "Exit-Option", d.h. eine teilweise noch subventionierte Abwanderung in das Hochlohnland Bundesrepublik, ermöglichte den einzelnen DDR-Bürgern ein sehr viel rascheres persönliches "Wirtschaftswunder" als dies den Westdeutschen nach dem Krieg vergönnt war.

Damit war einer Entwicklungsstrategie der Boden entzogen, den vergleichsweise unproduktiven Kapitalbestand durch niedrige Löhne wettbewerbsfähig zu machen. Eine Politik der Lohnzurückhaltung ist unmöglich, wenn die Sozialeinkommen im Nachbarland höher sind als die heimischen Marktlöhne. Anders formuliert: Nur mit Hilfe des Verbots von Faktorabwanderungen von Ost nach West hätte die DDR selbständige Entwicklungschancen gehabt. Aber natürlich war eine Restauration der Mauer politisch undenkbar.

Dieses Problem einer - entwicklungsstrategisch gesehen - schädlichen und eben einseitigen Mobilität reproduziert sich nun in regionalpolitischer Perspektive. Notwendig für die Einbindung der Ostländer und für den Wissenstransfer zwischen West und Ost wäre ein breiter Austausch von Informationen, Ressourcen und nicht zuletzt Humankapital. Aber nicht wenige Westbürger werden ein Arbeitsleben in den in vieler Hinsicht noch unattraktiven Ostländern als Zwangsversetzung empfinden.

⁸ Vgl. Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler, in: Jahresgutachten 1990/91, Anhang V, Bundestagsdrucksache 11/8472, Bonn.

Auf der anderen Seite ist der Zuzug aus den Ostregionen aus verständlichen Gründen offenbar ungebrochen. Charakteristisch für die sich nun zeigende Dichotomie zwischen Metropole und Peripherie ist, daß Vorteile des einzelnen nicht auch Vorteile für die Gesamtregion bedeuten. Gerade die qualifiziertesten Kräfte ziehen westwärts, weil ihnen sofort jenes hohe Westeinkommen winkt, das die Zurückbleibenden - wenn überhaupt - erst in vielen Jahren erreichen können. Abwanderungen von Ost nach West führen somit in Ostdeutschland zu einem Verlust an Humankapital.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion in den DDR-Ländern wird damit weiter verringert. Die "Treuhand" konstatierte bereits im August: "Alle Prognosen über die Absatzbarkeit der DDR-Güter waren falsch"; kaum ein Betrieb sei wettbewerbsfähig. Und gegenwärtig wird die Lage durch laufende Liquiditätshilfen noch geschönt. Wenn diese im kommenden Jahr wegfallen, werden weitere Betriebe schließen müssen. International ist die Wettbewerbsfähigkeit der Ostbetriebe dadurch zudem dadurch beschränkt, daß die Produkte nun zum harten DM-Wechselkurs vermarktet werden müssen. Der Verweis auf bestehende Lieferverträge mit Osteuropa ist wenig hilfreich. So ist nicht zu erwarten, daß etwa die Sowjetunion weiterhin minderwertige Computer aus Ostdeutschland erwerben wird. Wenn schon in harten Devisen gezahlt werden muß, sind die Angebote aus Korea oder Taiwan attraktiver.

Das pessimistische Szenario für die ehemalige DDR als Region gründet sich also darauf, daß man die Marktfähigkeit ihrer Produktion praktisch gleich Null setzen kann; die Versorgung erfolgt deshalb zum großen Teil aus Westdeutschland. Eine direkte Notwendigkeit zur Investition in Ostdeutschland besteht eigentlich auch nicht, weil die Belieferung auch aus der Westproduktion erfolgen kann. Die Risiken solcher Investitionen sind auch kaum überschaubar: Unklarheiten über Eigentumsverhältnisse (die u.a. die Kreditwürdigkeit erschweren), Entwicklung des Gewerkschaftsverhaltens, Ausrichtung der Lohnpolitik sowie ökologische Altlasten mögen hier als Stichworte genügen.

Nun sind jedoch einige Modifikationen an diesem pessimistischen Szenario notwendig. Zum einen können Dienstleistungen nur an Ort und Stelle erbracht und nicht importiert werden; deshalb wird der Aufbau eines Dienstleistungssektors doch einen gewissen Investitionsschub mit sich bringen. Auch darf der bisher niedrige Pfad der Produktivitätsentwicklung in der DDR nicht einfach fortgeschrieben werden. Mit neuen Investitionen werden in der Ostregion Inseln hoher Produktivität entstehen (mit entsprechend hohem Einkommen der dort Beschäftigten). Die Grenze zwischen arm und reich wird somit nicht zwischen Ost und West, sondern mitten durch den Ostteil Deutschlands laufen. Aber auch generell findet ein Niveau-sprung in der Produktivität statt, und zwar dadurch, daß der DM-Zins zum Maßstab der Rentabilität wird und eine Freisetzung von Arbeitskräften das "Overmanning" beseitigt. Die Kehrseite davon freilich ist die Entstehung von Arbeitslosigkeit.

Dieser Arbeitslosigkeit steht zwar ein enormer Erneuerungsbedarf gegenüber, vor allem im Infrastruktur- und Baubereich. Der nach westlichen Standards nötige Bau etwa von Krankenhäusern und Straßen findet aber eine Grenze im ohnehin strapazierten Budget des gesamtdeutschen Finanzministers. Damit wird es zunächst bei einer hohen Arbeitslosigkeit bleiben.

Ein Ausweg aus diesem wenig hoffnungsvollen Bild für die Ostregion könnte in der Strategie "Vollbeschäftigung durch Lohndifferenzierung" gesehen werden. Das hieße, daß die noch rückständigen Regionen mit einer Politik relativer Lohnabsenkung zum allgemeinen Lohnniveau in Deutschland versuchen, die Marktfähigkeit ihrer Produktion zu erhalten und zu erschließen. Die Entstehung eines Billiglohnsektors im Osten ist allerdings nicht sehr

wahrscheinlich.

Zunächst zeigt die empirische Entwicklung bisher den entgegengesetzten Verlauf kräftiger allgemeiner Lohnerhöhungen bei abnehmender Lohndifferenzierung. Das Motiv ist wie bereits erwähnt das Bestreben der möglichst raschen Annäherung an den westlichen Lebensstandard - der ja der ostdeutschen Bevölkerung im Falle einer Wiedervereinigung auch in Aussicht gestellt wurde. Auch die Gewerkschaften werden wohl dafür sorgen, daß die Lohnunterschiede eher abgebaut als weiter ausgeweitet werden dürften. Lohndifferenzierungen zwischen Ost und West stoßen auch an praktische Hindernisse. Man denke nur ganz konkret an die Entlohnung im öffentlichen Dienst, insbesondere in der nun nicht mehr geteilten Stadt Berlin.

Da schließlich die sog. Problemgebiete in Westdeutschland bisher diesen Weg einer radikalen Lohndifferenzierung zur Beschäftigungssicherung nicht beschritten haben, ist nicht zu erwarten, daß die Bereitschaft dazu im Osten größer sein wird. "Sachsen darf kein Billiglohnland werden!" Diese Warnung des neuen Ministerpräsidenten Biedenkopf verdeutlicht die Haltung der politischen Administration zu diese Frage. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Strategie einer deutlichen Lohndifferenzierung sind auch nicht günstig. Die lohn-, sozial-, rechts- und bildungspolitischen Institutionen eines Landes erfordern und bewirken eben doch eine gewisse Vereinheitlichung, so daß es im Hochlohnland Bundesrepublik nicht zur Herausbildung eines Billiglohnsektors kommen wird.

Zu erwarten ist vielmehr ein rascher Anschluß an das westdeutsche Lohnniveau. Und damit werden die ehemaligen DDR-Länder zu Regionen hoher Arbeitslosigkeit, deren Lebensfähigkeit von Bonner - oder demnächst Berliner - Subventionen abhängt. Die Bevölkerung dieser Regionen wird trotz der erwähnten punktuellen Ausnahmen zum unteren Drittel einer "Zwei-Drittel-Gesellschaft" gehören; mit diesem Begriff hatten die Sozialwissenschaftler schon vor dem Zusammenbruch des Sozialismus westliche Industriegesellschaften wie auch die Bundesrepublik beschrieben - damals allerdings noch übertreibend.

Was bedeutet nun die relative Wirtschaftsschwäche der Ostländer für Gesamtdeutschland? Zunächst einmal wird dieses gleichsam erweiterte Zonenrandgebiet wie erwähnt zu einer Belastung. Und man folge nicht dem verbreiteten Trugschluß, allein in der Vergrößerung des deutschen Wirtschaftsgebiets einen Wohlfandsfaktor zu erblicken. Es ist für eine Volkswirtschaft immer billiger, an großen Märkten durch eigene Exporte zu verdienen, ohne als Nationalstaat zugleich auch für die Sozial- und Infrastruktur dieser Märkte aufkommen zu müssen. Es ist kein Zufall, daß Wirtschaftswunder vornehmlich in kleinen Ländern mit großem Exportsektor stattfinden. Die frühere Bundesrepublik und Japan sind schlagende Beispiele.

Ein heutiger Vergleich mit Japan macht einen weiteren Nachteil deutlich: Auf Jahre hinaus muß die Bundesrepublik ihr Kapital nun verstärkt in "traditionelle" Wege wie Straßen- und Wohnungsbau lenken, während Japan weiterhin in den modernen Bereichen von Forschung und Technologie investieren kann.

Dagegen sind jedoch auch einige positive Aspekte anzuführen. Zum einen ist die ehemalige DDR als Verbindungsglied zur den übrigen osteuropäischen Ländern interessant, die sich im kommenden Jahrzehnt zu kapitalistischen Entwicklungsländern wandeln werden. Dies wird strategische - wenn auch anfangs möglicherweise nur symbolische - industrielle Investitionen in Ostdeutschland nach sich ziehen.

Dem Kapitalexport nach Osteuropa, d.h. den Entwicklungshilfekrediten, wird der Güter-

export folgen. Sowohl als finanzieller Gläubiger wie als industrieller Anbieter wird sich dabei Deutschland in einer günstigen Position befinden. Während gegenwärtig die Exporte wegen der Umlenkung von Ressourcen in die DDR-Region abnehmen, könnte die Bundesrepublik damit mittelfristig durchaus ihren Exportüberschuß verteidigen, der ja schon seit den 50er Jahren das Fundament ihres wachsenden Wohlstands ist.

In binnenwirtschaftlicher Perspektive ist es dann nicht so dramatisch, wenn die Belieferung der ostdeutschen Länder weitgehend aus der Westproduktion erfolgen sollte; dann werden eben hier die jahrelang erhofften Erweiterungsinvestitionen induziert. Damit bestehen auf Jahre hinaus von der Nachfrageseite her günstige Wachstumschancen.

Die befürchteten Gefahren der steigenden Fehlbeträge im Haushalt des Finanzministers sind zu relativieren. Zum einen wird die Staatsverschuldung im Verhältnis zum wachsenden Sozialprodukt, aber auch im internationalen Vergleich in durchaus üblichen Größenordnungen bleiben können. Durch die neue weltpolitische Situation sind ja auch erhebliche Sparmöglichkeiten im Rüstungsbereich entstanden. Vor allem aber kann die Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Ländern mit hohen Staatsdefiziten von einem hohen Kapitalexport zehren, der nun teilweise zur Finanzierung der inländischen Wirtschaftsentwicklung verwendet werden kann.

Die eigentlichen Risiken sind in zwei Punkten zu sehen: Kurzfristig ist eine konjunkturelle Krise nicht unwahrscheinlich. Dies wäre eine ziemlich normale Erscheinung, die nur indirekt mit dem Prozeß der wirtschaftlichen Vereinigung zu tun hätte. Denn schon seit 1988 steigen die Zinsen, und dies hat in der Vergangenheit mit einiger zeitlicher Verzögerung stets zu einem Konjunkturreinbruch geführt. In der gegenwärtigen Situation wären die Folgen schwerwiegend, weil die westdeutsche Wirtschaft ja bereits ohnehin mit dem ostdeutschen Strukturproblem in einer Weise belastet ist, die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel ist.

Nimmt man hingegen mit der Mehrheit der Wirtschaftsforscher an, daß die Nachfrageeffekte des ostdeutschen Aufbaus stark genug sind, um die Krisentendenzen zu überspielen, bleibt das langfristige Problem. Es besteht in der Frage, ob das politische System die noch jahrelang anhaltende Ungleichheit der Einkommens- und Lebensverhältnisse ertragen kann. Denn dies ist für die Bundesrepublik eine neue Erfahrung. Selbst in den 50er Jahren war die Homogenität der Interessen und Lebenslagen größer. Dies ermöglichte die Institutionalisierung friedlicher Konfliktregulierungen und trug so zur Prosperität des "Modell Deutschland" bei.

Die zentrale Aufgabe der gesellschaftlichen Institutionen heute ist die Kanalisierung der Ungleichheit und man kann darüber spekulieren, ob sie daran zerbrechen. Politisch motivierte und wirtschaftlich ausgetragene Verteilungskämpfe führen zur Inflation. Die Bekämpfung dieser Inflation durch eine regierungsunabhängige Bundesbank müßte immer wieder zu Stabilisierungskrisen führen. Oder aber die störende Autonomie der Frankfurter Währungshüter würde aufgehoben: Dann würde die Bundesrepublik mit ihrer Hartwährung auch die Fundamente ihrer bisherigen Prosperität verlieren.

Aber bereits in den 70er Jahren erwiesen sich die in Regierungskreisen gehegten Befürchtungen als unbegründet, das politische System werde bei einem Auftreten von Arbeitslosigkeit Legitimation und Massenloyalität verlieren. Inzwischen hat die Bundesrepublik offenbar gelernt, mit anhaltender hoher Arbeitslosigkeit und damit verbundener relativer sozialer Armut zu leben.

Aus dieser Perspektive erscheint die Ungleichheit der Beschäftigungs- und Lebenschancen als ein politisch tragbares Risiko. So kann man die Prognose wagen, daß sich die etablierten Kräfteverhältnisse auch durch die neue wohlstandspolitische Schieflage nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Zynisch formuliert: Gerade in der Akzeptanz dieser Schieflage liegt die Chance der ehemaligen DDR, sich gleichsam im Huckepackverfahren an eine langfristige Wohlstandssteigerung in den Westländern anzukoppeln. Ostdeutschland wird dann von einem allgemeinen Aufschwung profitieren, auch wenn es relativ eine Zeitlang zurückbleibt.

Zwei Bedingungen dieses Aufschwungs sind festzuhalten: Zum einen müssen sich die Menschen in Ostdeutschland - wie erwähnt - zunächst mit der Illusion zufrieden geben, daß ihnen eine sofortige Teilhabe am westdeutschen Lebensstandard winkt. Zweitens müssen die Menschen in Osteuropa zu Käufern westeuropäischer und deutscher Waren werden - ohne massenhaft den Versuch zu unternehmen, diese Waren lieber direkt in den Herstellungsländern zu konsumieren. Dann könnte man die Prognose wagen: Die Geschichte kennt keine Gerechtigkeit - auch das zweite Wirtschaftswunder wird im Westen Deutschlands stattfinden.

* * *

Universität der Bundeswehr München
11. Dezember 1990

Heinz-Peter Spahn